

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 30.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60.— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die gefaltete Kopiermaschine oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Unterhalter. Kleine Anlagen: Das feinstgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Unterhalter. Laufende Anlagen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berufe 8.— M. netto pro Zeile. Stellen-Berufe in Wort-Anzeigen: das feinstgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 99—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Maienerschau des Proletariats

Berlins größte Demonstration — Zusammenstöße in Leipzig — Imposanter Verlauf überall

Der Gedanke der Arbeitsruhe am 1. Mai, dem so oft Siechtum und Tod prophezeit wurde, er lebt, er lebt und wirkt, indem er immer breitere Massen fest erfasst. Wer darüber noch im Zweifel sein konnte, den muß der gestrige Maitag eines besseren belehrt haben. Ohne Uebertreibung darf es ausgesprochen werden: die gestrige Berliner Maidemonstration war die größte und wichtigste, die das Proletariat je durchgeführt hat. Die Arbeitsruhe war so gut wie restlos durchgeführt. Das gesamte Berliner Proletariat, von einigen Eingängern und durch politische Einstellung vielleicht abgeglittener abgesehen, war bei der Demonstration vereinigt. Wieder einmal zeigte sich, und diesmal nachdrücklicher denn je, welche ungeheure Macht das Proletariat zu entfalten vermag, wenn es geschlossen zur Tat steht.

Die Demonstration für den Achtstundentag kam in ihrem Zusammenhang mit der Maifeier sowohl hinsichtlich ihres Zweckes als ihres Ausfalls gerade zur rechten Zeit. Nachtrunken liegt das Unternehmertum, liegen alle Kapitalinteressen auf der Lauer, dem Proletariat den Achtstundentag zu entreißen. . . . Und die Regierung zeigt sich trotz allen heiligen Versprechens der Anerkennung des „Prinzips“ nur allzu willfährig, Breche hineinzu legen. Selbst prominente Mitglieder der rechtssozialistischen Partei dokumentierten zu wiederholten Malen eine leichtfertige Geneigtheit, den Achtstundentag zu durchlöchern. Sie alle sind durch die gestrige Demonstration gewarnt. Das Proletariat hat mit aller nur denkbaren Eindringlichkeit und in imposanter Geschlossenheit gezeigt, daß es den Achtstundentag als die höchste Errungenschaft der Revolution mit aller Energie zu verteidigen bereit ist. Wehe dem, der sich unterfangen sollte, an dieser Errungenschaft zu rütteln! Er würde auf Granit stoßen! Das mögen sich auch Unternehmertum und Staatsgewalt gesagt sein lassen.

Die Maifeier ist aber nicht nur ein Tag des Aufmarsches für die Erhaltung des Achtstundentages. Schon immer galten die Maidemonstrationen der Vorbereitung des Völkerrfriedens. Der Weltkrieg, der vierundeinhalb Jahre Europa und weite Gebiete außerhalb Europas in Flammen setzte, ist beendet. Gegenwärtig wird mehr als je über die Notwendigkeit der Völkerverständigung geredet und geschrieben, ganz besonders auch in jenen Kreisen, die sich sonst so außerordentlich kriegslustig gebärden. Trotzdem ist man der Völkerverständigung, von Völkerveröhnung und Völkerrfrieden ganz zu schweigen, noch um keinen Schritt näher gekommen. Und Genua hat zur Genüge bewiesen, daß der Kapitalismus den Völkern alles andere eber, aber nicht den Völkerrfrieden bringen kann. Auch dieser kann nur durch energischste Weltendmachung des proletarischen Friedenswillens erreicht werden. Dazu bedarf es der größten Einmütigkeit des Proletariats, nicht nur bei Demonstrationen, wie sie die Maifeierveranstaltung war, sondern auch bei entschiedensten Offenheiten.

Möge daher die diesjährige Maifeier, die zum erstenmal seit langer Zeit das Proletariat für die Erhebung proletarischer Forderungen einte, ein Vorzeichen für ferneres einheitliches und dauerndes Zusammenwirken sein.

Der Aufmarsch

Schon um 9 Uhr, in den entfernter liegenden Vororten noch früher, herrschte an den Sammelorten reges Treiben. In kleineren und größeren Trupps, die immer mehr Zulauf erhielten, ging es nach den großen Sammelplätzen. Vorneweg in stattlicher Zahl, gesäumt mit roten Schleißen, Bändern und Matengrün unsere Kleinen und unser Jungvolk, die proletarische Jugend. War das Wetter auch trübe und drohte jeden Augenblick ein Regenguß, keiner wollte Zuhause bleiben.

In den gewaltigen Sägen brauchte man unsere Jungen und Jungen nicht lange zu suchen. Sie waren oben auf. Ried auf Ried entquoll den jungen Reihen der Hoffnungsreichen. „Wir sind jung und das ist schön!“ So soll es auch sein. Die Kinder des Proletariats kennen die Jungen, kennen sie besser als mancher Alter. Auch das ist gut. Diesen Sägen marschierten Musikkapellen voran. Ueber den langen Reihen des aufmarschierenden Proletariats wech-

ten in großer Zahl die roten Fahnen und Banner der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften. Einige SPD-Distrikte hielten es für schön, unter den Farben der — bürgerlichen Revolution zu marschieren!

In musterhafter Ordnung vollzog sich der Aufmarsch, denn die zahlreichen Ordner hielten scharfes Regiment. Je mehr sich die lawinenartig anschwellenden Sägen dem Lustgarten näherten, um so öfter traten Störungen ein, stauten sich die unübersehbaren Mengen der Demonstranten. Schon lange vor 11 Uhr waren der Lustgarten, die Schloßfreiheit und der Platz vor dem Marjall in beängstigender Weise überfüllt.

Im Lustgarten

Der Lustgarten mit seinen anschließenden großen Plätzen, dieser riesige Demonstrationort des revolutionären Berliner Proletariats, sah schon wiederholt gewaltige Demonstrationen, aber noch nicht eine, wie die gestrige. Es ist eine glatte Unmöglichkeit, die gewaltige Zahl der Demonstranten auch nur annähernd richtig abzuschätzen, denn unübersehbare Menschenmengen haufen sich in den Kammarschstraßen und erreichten den Ort der Demonstration überhaupt nicht. Nicht nur wir werden schätzen müssen, daß der Lustgarten viel zu klein

für diese Demonstration war. Der Anblick der Mengen war überwältigend. Überall eine beängstigende Enge. Trotz der Kühle stimmerte über der Menge die Luft wie im Sonnenglanz. Und über den gewaltigen Massen blähten sich stolz ungezählte rote Fahnen im scharfen Maienwind.

Auf der Domtreppe hatte die Riesenkapelle des Musikerverbandes Aufstellung genommen, die durch den Vortrag des „Brandes von Moskau“ stimmungsvoll die Demonstration einleitete. Nach dem Verhallen der Klänge der Musik, kamen die Arbeiterlänger „zum Wort“, deren herrliche Weisen über den ganzen weiten Platz gehört wurden. Nachdem der Gesangsvortrag beendet, gaben Trompetensignale den 22 Rednern das Zeichen zum Beginn ihrer Reden, in denen sie kurz die Bedeutung des heutigen 1. Mai feierten. Nicht nur Forderungen sozialer Tendenz und für den Schutz der Arbeitskraft wurden an diesem Tage aufgestellt, sondern zu ihnen gesellte sich die Kardinalforderung „Nie wieder Krieg! und Krieg dem Kriege!“ Nach den Ansprachen, die heifällig aufgenommen wurden, brachte unser Sprecher, mit Herrn Witte vom Staatstheater als Einzelsprecher, „Auf Brüder, scharf euch zum Heere“ und „Hinan, vorwärts hinan!“ von Goethe zum Vortrag. Zum Schluß intonierte die Kapelle den Sozialistenmarsch und die Internationale.

Frauen und Mädchen waren in ansehnlicher großer Zahl vertreten. Genossin Wurm wird Recht behalten darin, daß sie in ihrem Maiartikel schrieb, die Frauen würden ungleich rascher politisiert werden als die Männer.

Bei den Jungen.

Auf der Schloßterrasse herrschte Leben und Farbenfreudigkeit. Dort waren unsere Kinder und Jugendlichen. Was wir nicht vollenden können, wegen der trägen und stumpfen Indifferenz rückständiger großer Massen von Arbeitssklaven, unser Jungvolk, wird, wenn uns die Fohne des Kampfes entgleitet, in die Breche springen mit dem Mut und der goldenen Opferfreudigkeit der Jugend. Die Genossinnen der Distrikte hatten sich redliche Mühe gegeben, die Kleinen für den Weltfeiertag in feiner Weise zu schmücken. Und niemand durfte ungestraft den schühenden Kordon der Helferinnen und Ordnerinnen durchbrechen. Dem Eindringling drohte scharfe Zurückweisung, denn die Helferinnen waren um verschiedene Grade energischer als die Ordner. Und das war auf so, denn auf ihnen lastete bei dem fürchterlichen Gedränge ansehnliche Verantwortung. Sie lösten ihre Aufgabe in hervorragender Weise.

Die „Arbeiter-Samariter“ und der „Proletarische Gesundheitsdienst“ hatten in zahlreichen, glücklicherweise nicht ernstlichen Fällen, erste Hilfe zu leisten.

Bei einsetzendem Regen ging

der Rückmarsch

in die einzelnen Stadtteile und Vororte genau so geordnet wie der Aufmarsch von statten. Die Schutzpolizei hatte wohl Anordnung, sich reserviert zu verhalten, aber trotzdem kam es durch die Schuld aufgeregter Beamten wiederholt zu kleineren Zwischenfällen. Besser wäre es, wenn die Grünen

sch überhaupt nicht sehen ließen. Zusammenstöße harmloser Natur gab es auch mit Fabrikanten und Straßenbahnern, die ihre Gefährte durch die Sägen treiben wollten. Alles in allem: es war, wie es der Würde des Weltfeiertags entspricht.

Die Abendfeiern

Fast alle Distrikte der politischen Organisationen veranstalteten in geschlossenen Sälen Abendfeiern, in denen man nach den mehr als ungemessenen Wetterlunen aufstaut und sich an den Darbietungen der Künstler, Turner, Sportler, Sänger usw. erfreute. In Maifestreden wurde auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und alle Referenten fanden eine aufmerksame Zuhörerschaft.

Manche Veranstaltungen, die in Sommerlokalen abgehalten wurden, sind durch den Wettergott etwas beeinträchtigt worden. Inhablich hielten die Abendfeiern sehr Verschiedenes. Während in einigen Distrikten ein Volksfest mit all seinen sogenannten „Belustigungen“ zur Tradition wurde, sind wieder in andern Stadtteilen wertvolle künstlerische Abende abgehalten worden, die in jeder Weise den Weltfeiertag würdigten und ihn künstlerisch verlebendigten. Vieles sind auch die Abendfeiern tragender aller Parteienunterschiede gemeinsam veranstaltet und gefeiert worden.

Der 1. Mai 1922 ist in Berlin, das darf mit größter Genugtuung konstatiert werden, zur imposantesten Veranstaltung geworden, die es je in seinen Mauern gesehen hat.

In den Außenbezirken

In vielen Außenbezirken waren besondere Demonstrationen arrangiert, die einen nicht minder imponierenden Charakter als jene im Lustgarten hatten und die den Umfang der Arbeitsruhe in Groß-Berlin noch erhöhen. So demonstrierten in Niederschöneweide die Arbeiter dieses und der zunächst liegenden Vororte, wie Adlershof, Johannistal mindestens 6000 Personen. Gen. Ziska würdigte in einer Rede die Bedeutung des 1. Mai.

Zu der gestrigen Maidemonstration war die Arbeiterschaf Spandaus vollzählig erschienen. Eine derartige Massen- und Umgebung hat Spandau noch nicht gesehen. Die Arbeiterlänger, die Jugend, die Sportler vor dem Rathaus, sowie der Arbeitererdbund mit seinen Booten auf der Havel gaben der Demonstration ein imponierendes Gepräge. Zu den Jugendlichen sprach Genosse Alfred Bäcker. Auf dem Marktplatz sprachen Dr. Zechlin (SPD) und Lied (KPD) und unser Genosse Salzmann vom Mittelbalken des alten Rathauses. Minutenlang demonstrativer Peifall unterbrach seine wirkungsvollen Ausführungen. Er rechnete scharf mit den Bürgerlichen ab. Nur das revolutionäre internationale sozialistische Proletariat kann uns aus diesem Elend herausreißen. Nach einem Hoch auf die Internationale formierte sich unter den Klängen von zwei Musikkapellen ein Demonstrationsszug, welcher auf dem Marktplatz aufgelöst wurde.

Die Nachmittagsveranstaltung der Spandauer USPD, bei Lebel war demnach stark besucht, daß dieser größte Saal sich als viel zu klein erwies. Genosse Künstler hielt die Festrede.

Krawall in Leipzig

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Leipzig, 2. Mai.

Bei der riesigen Kundgebung, die gestern in Leipzig auf dem Augustusplatz stattfand, kam es leider zu einem sehr unangenehmen Zwischenfall. Auf dem Universitätsgebäude war zu Beginn der Feier die republikanische Flagge gehißt. Während der Demonstration wurde diese, wahrscheinlich auf Veranlassung der Universitätsleitung, eingezogen und die Universitätsflagge auf Halbmaß gehißt. Diese provokatorische Maßnahme verursachte unter den Demonstranten begreiflicherweise eine ungeheure Erregung mit dem Erfolg, daß eine Anzahl Demonstranten in das Universitätsgebäude eindrang und die auf Halbmaß gehißte Universitätsflagge herunterholte, wobei diese in Stücke gerissen wurde. Inzwischen war die Polizei alarmiert worden, die versuchte, die Demonstranten vom und aus dem Universitätsgebäude zurückzudrängen. Ein besonders aufgeregter Schutzhauptmann zog die Waffe

Keine Einigung in Genua

Um das Memorandum für Sowjetrußland.

(G.F.) Genua, 30. April.

Bei der Aufstellung des Memorandums für Sowjetrußland kam es im politischen Unter Ausschuss besonders über die Frage der Kriegsschulden zu einer scharfen Debatte zwischen Barthou und Lloyd George. England erklärte sich zum Verzicht auf die Hälfte seines Kriegsguthabens an Rußland bereit und wünschte, daß sich auch Frankreich nachgiebig zeige, indem die Verzinsung der Kriegsschulden vom Völkerbunde oder vom Haager Schiedsgericht vorgenommen werde. Barthou widerlegte sich energisch jeder Verminderung der Kriegsschulden und will Rußland nur ein Moratorium gewähren. Er erklärte, Frankreich halte sich auch nicht an die Note der Alliierten an Rußland vom 15. April gebunden, weil die Russen inzwischen ihre anfänglichen Vor schläge geändert hätten und außerdem die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung verlangten. Demgegenüber bezeichneten Lloyd George und Schanzer die Vor schläge vom 15. April als eine formelle Verzinsung gegenüber den Volkswirten. Der Einwand Barthous mit Rücksicht auf das französische Parlament sei nicht stichhaltig. Man bleibe selbst auf die Gefahr eines Bruches an die Note vom 15. April gebunden. Schanzer, als Vorsitzender, suchte zu vermitteln und erklärte, daß sich ein Ausgleich finden lassen müsse, um einen verhängnisvollen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden. Barthou schlug zu dem Artikel über die Schuldenfrage einen Zusatz vor, der die besonderen Interessen Rumaniens berücksichtigt.

Was Rußland angeboten wird

(G.F.) Genua, 29. April.

In dem von dem Redaktions-Komitee des politischen Unter Ausschusses vereinbarten einheitlichen Vortwort des Memorials an Rußland bietet England Rußland einen Anfangskredit von 25 bis 30 Millionen Pfund Sterling an, mit dem Verprechen, einen weiteren Kredit vom Parlament bewilligen zu lassen. Japan erklärt sich zu einem Kredit von 600 bis 800 Millionen Yen bereit. Belgien verspricht einen solchen von 250 Millionen Francs. Frankreich bietet die Lieferung von 300 Lokomotiven und 2000 Eisenbahnwagen. Italien erklärt sich zur Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften zur Belebung des Schiffverkehrs im Schwarzen Meer bereit. Allgemein gehaltene Formeln über die Hilfe der Neutralen sind schon mitgeteilt worden. Die einheitliche Formel betont die Absicht der Teilnehmenden, das Handels- und Wirtschaftsleben Rußlands neu zu beleben und es wieder in die Reihe der zivilisierten Staaten einzugliedern. Ferner wurde ein Zusatzantrag Bratianski für die Anerkennung der jetzigen Grenzen Sowjetrußlands angenommen. Wie uns ein Mitglied der französischen Delegation mitteilt, hält diese einen Ausgleich zwischen den 12 Artikeln und dem englischen Memorial auf Grund von Zugeständnissen beider Teile für erreichbar.

Die Anweisungen Moskaus

(G.F.) Genua, 30. April.

Die Sowjetdelegation hat aus Moskau die Weisung erhalten, keine Zustimmung zu machen, die das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Arbeiterklasse beeinträchtigen, sondern nur einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Freiheit Sowjetrußlands und die Möglichkeit seines wirtschaftlichen Wiederaufbaus sichert.

Die Haltung der russischen Delegation

(G.F.) Genua, 2. Mai.

Eine bestimmte Erklärung der russischen Abordnung wegen ihrer Haltung gegenüber dem von den Alliierten beschlossenen Memorandum liegt noch nicht vor. Die Russen suchen anscheinend Zeit zu gewinnen, um mit Moskau zu beraten, ob sie das Memorandum annehmen oder ablehnen sollen. Man glaubt jedoch nicht, daß ihnen ein eigentlich befristetes Ultimatum gestellt werden wird. Sollte das dennoch der Fall sein, so würde ein derartiges Ultimatum keinesfalls eine geringere Laufzeit als drei Tage haben. Vor Sonnabend ist also nicht damit zu rechnen, Mitteilungen über den weiteren Verlauf dieser Dinge in Genua machen zu können. Die Russen beschränken sich gestern nur auf die Mitteilung, daß die Alliierten sich auf die Ausführungen, die sie in der Vorrede zu dem Memorandum machten, außerordentlich viel gute hielten, daß aber kein Grund für die Alliierten vorhanden sei, sich ihrer Großmut gegen Rußland zu rühmen; denn es werde Rußland eigentlich gar nichts anderes gewährt, als daß englischen Geschäftsleuten Erleichterungen im Handelsverkehr mit Rußland geschaffen werden. Rußland sei damit aber nicht gebieter. Es brauche vor allem große Kredite, um Eisenbahnmaterial und landwirtschaftliche Maschinen einzukaufen zu können. Würden diese Kredite verweigert, so sei in diesem Sommer mit einer noch furchtbareren Hungerkatastrophe zu rechnen als der letzten.

Das Memorandum fertig

Genua, 1. Mai.

Das Memorandum über die russische Frage wird voraussichtlich morgen nachmittag zwischen 5 und 5 1/2 Uhr der russischen Delegation zugestellt. Eine Frist für die Beantwortung ist nicht gestellt.

Die Kommissionsarbeiten

(Sonderbericht des „Jntel“)

Genua, 1. Mai.

Die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen gehen ihrem Ende entgegen. Manche dieser Kommissionen haben bereits ihre Sitzungen eingestellt und die Früchte ihrer Arbeit in mehr oder minder langen Resolutionen an die übergeordneten Kommissionen weitergeleitet. Es wird die Aufgabe der Mittwoch zusammen tretenden Plenarversammlung der Konferenz sein, auf deren Tagesordnung die Berichte der Wirtschafts- und der Transportkommission stehen, in erster Reihe den formellen Abschluß der Kommissionsarbeiten zu verhandeln. Aus den Sitzungen der letzten Tage verdient die Sitzung der ersten Wirtschaftskommission von Montag hervorge-

hoben zu werden. In der Diskussion traten nämlich England, Japan und Italien für den deutschen Vorschlag einer allgemeinen Meistbegünstigung ein. Frankreich hatte zwar im Verlauf dieser Sitzung keine Gelegenheit, in die Debatte einzugreifen, es ist aber immerhin bemerkenswert, daß sich der deutsche Vorschlag indirekt gegen den Versfaller Vertrag wendet, der sich für den Widerspruch der einseitigen Meistbegünstigung ausgesprochen hat.

Groß-Berlin

Was weiter in Berlin?

Die heutige Stadtverordnetenversammlung wird sich erneut mit der Deckungsvorlage für die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter zu beschäftigen haben. Der Magistrat hat für den Fall, daß in der heutigen Sitzung die Vornahme einer dritten Lesung als unzulässig angesehen wird, sofort eine neue Vorlage eingebracht, die inhaltlich genau mit der abgelehnten Vorlage übereinstimmt. Bei den unsicheren Mehrheitsverhältnissen ist der Ausgang der Abstimmung durchaus ungewiß.

Der ablehnende Standpunkt unserer Fraktion veranlaßt den „Vorwärts“ zu einer längeren Kritik unter dem Stichwort „Politik des Irrsinn“. Der „Vorwärts“ vermeidet es dabei sehr sorgfältig, irgendwie auf die sachlichen Argumente einzugehen, die unsere Fraktion zur Begründung ihres Standpunktes vorgebracht hat. Bei der beantragten Erhöhung der Straßenbahn (die finanziell am meisten ins Gewicht fällt — sie sollte über 250 Millionen bringen) haben alle Parteien, auch die Sozialdemokraten — sich unsere Argumentation zu eigen machen müssen. Es gibt für jede Tarifierhöhung eine Grenze — die Grenze der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Bei der Erhöhung der Gaspreise haben die Sozialdemokraten dazu noch keinerlei Reue gezeigt, auf unseren Vorschlag einzugehen, die Kohlenklausel — wenn sie schon einmal eingeführt werden soll — nur mit 0,4 zu bemessen, womit unbestrittenmaßen die Werke voll auskommen können.

Der neue Berliner Etat, auf den wir im einzelnen hier noch zu sprechen kommen, sieht sogar vor, daß ganze 500 Millionen — also eine halbe Milliarde — aus den Werten für den Stadtbauhaushalt herausgewirtschaftet werden sollen. Dabei bleibt ganz außer Ansatz, daß die Gaswerke allein Erneuerungsbauten in Höhe von ca. 100 Millionen durchführen wollen. Diese Ziffern allein beweisen, daß der Widerstand gegen die maßlose Erhöhung der Tarife sachlich durchaus berechtigt ist. Sie werden selbst bei der Einschränkung, die unsere Fraktion vorschlägt, immer noch lange kein Defizit machen.

Natürlich muß der Stadt geahndet werden. Bei der Besprechung des Etats werden wir zeigen, daß die Steuereinnahmen unbedingt gesteigert werden können. Daß die Werke reorganisationsbedürftig sind, weiß allmählich jedes Kind. Der Magistrat hat bis heute alle Vorschläge sabotiert und aus Motiven, von denen man nicht weiß, ob sie als sachliche anzusehen sind, bis heute nicht das getan, was von der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete gefordert wurde.

Bei der Straßenbahn, auf deren Erneuerung das Hauptgewicht gelegt werden muß, muß bei der Staatsberatung die Beschaffung einmaliger Mittel unbedingt erreicht werden. Die Angaben des Stadtbaurats Adler, daß bei einer einmaligen Investition von einer Milliarde jährlich sofort etwa 200 Millionen mehr herausgewirtschaftet werden können, sind ohne weiteres als glaubwürdig anzuspüren und zeigen, daß es andere Wege gibt, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, als lediglich Tarifierhöhungen: Steigerung der Produktion, technische Vervollkommnung der Werke.

Und um es für die bürgerlichen Herrschaften zu bemerken: Mit niedrigbezahlten Arbeitern ist das Ziel nicht zu erreichen. Die beginnende Abwanderung der qualifizierten Arbeitskraft sollte auch diesen Herren zu denken geben.

Die ganzen Schwierigkeiten für den Magistrat ergeben sich aus der sachlich nicht begründeten Verkopplung der Vorlagen und der ungenügenden Vorbereitung der Deckungsvorlagen selber. Solange der Magistrat seine jetzige Methode beibehält, Tarifierhöhungen fast ohne jede Unterlegen vorzulegen, wird er immer auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen. Große Fraktionen sind keine Bewilligungsmaschinen. Darüber hinaus hat eine Entscheidung nur Sinn, wenn sie im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der städtischen Finanzen und der Reichsfinanzpolitik betrachtet wird. Ein entschlossener Widerstand der Städte gegen die weitere Ausplünderung der Konsumenten durch neue Tarifierhöhungen ist heute die einzige Möglichkeit. Auch da gilt es, daß sich durchsetzt, wer sich hartnäckig zeigt. Das Reich soll endlich seine Steuern einziehen, dann wird es Geld genug haben und auch den Kommunen geben können, was ihnen gebührt. E. N.

Elternbeiratswahlen! Mittwoch, den 3. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitenstr. 8/9, eine Versammlung der Obleute der Elternbeiräte und der politischen Leiter der Verwaltungsbezirke, Distrikte und Abteilungen aller drei soz. Parteien statt. Es ist Ehrensache der Genossen, pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung: Die Elternbeiratswahlen am 28. Mai.

Seine Frau im Bett erkrankt hat am Sonntag früh der 36 Jahre alte Schlosser Max Liebster aus der Dolzgerstraße 11. Liebster erschien gegen 6 1/2 Uhr früh auf dem Polizeirevier und machte dort selbst Anzeige. Er führte dabei aber so wirre Redensarten, daß sich Beamte zur Nachprüfung seiner Angaben sofort nach seiner im vierten Stock des Quergebäudes belegenen Wohnung begaben. Hier fanden sie die Ehefrau Johanna Liebster, die zwei Jahre jünger als ihr Ehemann war, tot im Bett liegen. Fingerringe am Hals zeigten, daß der Mann ihr die Kehle zugedrückt hatte. Nachdem ein Arzt den Tod der Frau einwandfrei festgestellt hatte, wurde die Leiche beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauspieldomus gebracht. Der Mann wurde in Haft behalten.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Vorgestern abend sprang ein etwa 30-jähriger Mann von der Schloßbrücke in die Spree, wurde aber von Passanten wieder herausgezogen und durch Beamte der Schutzpolizei nach der Zentrumsmaße gebracht. — In der Königshöhe zwischen Baum-schuldenweg und Johannisthal wurde der 56 Jahre alte Arbeiter Hermann F. aus der Eisenbahnstr. erhängt aufgefunden. — In seiner Wohnung in Karlshorst hat sich in der vergangenen Nacht der Kaufmann August J. erhängt. Als ihn seine Frau auffand, war der Tod schon eingetreten.

Gewerkschaftliches

Zum Kampf der süddeutschen Metallarbeiter

Ein Anshandelsvorschlag.

Unsere Leser sind ausführlich über die Vorgänge in der süddeutschen Metallindustrie durch unseren Aufsatz in Nr. 195 informiert worden. Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet jetzt eine Nachricht, wonach der Reichsarbeitsminister an die streikenden Parteien einen Vermittlungsvorschlag gerichtet hat. Die hauptsächlichste Streitfrage dreht sich um die Frage der Arbeitszeit. Während die süddeutschen Metallarbeiter die 46 Stundenwoche unter keinen Umständen aufzugeben gewillt sind, verlangen die Unternehmer die Durchführung der 48 Stundenwoche. Sie waren so gütig, den Arbeitern den Übergang leichter zu machen und wollten zunächst die 47 Stundenwoche eingeführt wissen. Der Vorschlag des Reichsarbeitsministers geht nun dahin, daß die wöchentliche Arbeitszeit auf 47 Stunden festgesetzt wird. In Fällen, wo betriebstechnische oder allgemein wirtschaftliche Gründe eine Mehrarbeit erfordern, soll die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Ueberstunde anerkannt werden. — Diese vermehrte Arbeitsstunde soll tariflich entlohnt und nur nach vorheriger Rücksprache mit der Betriebsleitung geleistet werden. Die Gewerkschaften sollen außerdem ihre Mitglieder veranlassen, daß die „wirtschaftlichen Erfordernisse“ berücksichtigt und die notwendigen Ueberstunden gearbeitet werden sollen.

Der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers läuft letzten Endes darauf hinaus, den Unternehmern Helfersdienste zu leisten. Der Vorschlag, eine vermehrte Arbeitsstunde nach tariflicher Bezahlung zu leisten, bedeutet die Erfüllung der Unternehmerwünsche. Dieser ganze Vermittlungsvorschlag ist nichts anderes als ein klauer Rußhandel. Die Arbeiter wären dann auf der ganzen Linie die Geprellten. Wir glauben kaum, daß die zwei Monate im Kampf stehenden süddeutschen Metallarbeiter sich für diesen famosen Vermittlungsvorschlag erwärmen werden. Da es sich um die Austragung einer bedeutsamen Prinzipienfrage handelt und da außerdem die ganze deutsche Arbeiterklasse moralisch und materiell die Kämpfenden unterstützt, werden sich diese kaum veranlaßt sehen, den Vorschlag des Reichsarbeitsministers zu akzeptieren.

Bankangestellten-Demonstration im Lustgarten

Nachdem die am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Nachverhandlungen zu dem Reichstarifschiedspruch vom 9. April zu keinem Ergebnis geführt haben und infolgedessen auf Mittwoch vertagt worden sind, ruft der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten im Einvernehmen mit den örtlichen Gliederungen der anderen Bankangestellten-Organisationen die Berliner Bankangestellten-Vereinigung zu einer Massenkundgebung auf. Die Demonstration wird Dienstag, den 2. Mai, 5 1/2 Uhr, nachmittags, im Lustgarten (Museum) stattfinden. Redner sind außer den beiden Verbandsgeschäftsführern Marx und Emonts die Betriebsratsobleute sämtlicher Berliner Großbanken.

Tarifverhandlungen der Buchdrucker. Nachdem die Lohnverhandlungen im Tarifausschuß der Buchdrucker ergebnislos verlaufen waren, ist am Sonnabend in später Nachtstunde im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt worden, der den Buchdruckergehilfen und dem Hilfspersonal eine weitere Lohnmehrung in dem gleichen Ausmaß, wie sie für den Monat April vereinbart war, zugesprochen hat.

Beendigte Lohnbewegungen. In dem Lohnstreit des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes gegen den Arbeitgeberverband der Verband mittelhersteller Groß-Berlin wurde am 10. April vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedspruch gefällt, welcher von den Arbeitnehmern angenommen aber von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Am 4. Mai er. sollte erneut vor dem Demobilisationskommissar verhandelt werden. In der Zwischenzeit ist es nun gelungen, mit dem Arbeitgeberverband ein neues Lohnabkommen für die Monate April und Mai zu tätigen. Die wöchentlichen Zulagen betragen 135.— bis 205.— M. Die neuen Tarife sind im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Berlin, Engländerstr. 24/25, Zimmer 31 gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises erhältlich. — Das zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und dem Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels am 4. Februar er. gefällige Lohnabkommen ist am 14. April 1922 für rechtsverbindlich erklärt. Alle gewerblichen Arbeitnehmer, welche bei Nichtmitgliedsfirmen des Groß-Berliner Arbeitgeber-Verbandes des Großhandels beschäftigt sind und die in dem Lohnabkommen festgelegten Lohnsätze nicht erhalten, werden aufgefordert, sich im Verbandsbüro zu melden.

Zum Tarifstreit im Versicherungsgewerbe. Die Bezüge der Angestellten im Versicherungsgewerbe sind noch immer nicht geregelt. Eine am 28. April 1922 stattgefundene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten nahm einstimmig den Standpunkt ein, daß die Weiterregelung der geldlichen Bezüge ab 1. Mai 1922 auf zentraler Grundlage zu verwerfen ist, weil die bisherige zentrale Regelung nie den wirtschaftlichen Verhältnissen der Angestellten in den einzelnen Orten Rechnung trug. Die Kollegenchaft nimmt deshalb den schon lange beglegten Gedanken wieder auf, die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Entlohnung, örtlich zu regeln. Sie ist gewillt, ab 1. Mai die Gehaltsregelung in Berlin durch die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten durchzuführen.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Morgen, Mittwoch abend 6 Uhr, findet eine Zentralvorstandssitzung im Verbandsbüro, Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8-9, statt. Die Geschäftsleitung.

Vereinskalender

- Dienstag, den 2. Mai.** Deutscher Berlinkehr-Verband, (Deutscher Arbeiter-Verband) Mitglieder-Versammlung, abends 7 Uhr im „Vollhorn“, Schönhauser Allee 176.
- Mittwoch, den 3. Mai.** Zentralverband der Bankangestellten, (Arbeitsgruppe Papier) Mitglieder-Versammlung, abends 7 1/2 Uhr, Reno-Pöhlmann, Spandauer Straße 96-98 (Ruhmeshaus).
- Freitag, den 4. Mai.** Berufsorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, Berlin W., Karl-Liebknecht-Str. 8, Einladung zu einer außerordentlichen Versammlung der Berufsorganisationen (Arbeitsgruppe Metall) der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen mit dem Thema: „Wichtige Ausbildungsfragen“, 7 Uhr abends.
- Sonntag, den 5. Mai.** Berlin der Preisrichter für Feuerbestattung, abends 7 Uhr, Versammlung, Schulstraße, Gerickestraße.
- Beauftragter für die Rebellion Emil Haug, Berlin; für den Internationalen und geschäftlichen Mitteln: Ludwig Romer, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebina & Reimer, e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 76.

